



„Ob man mit Verboten arbeiten muss, weiß ich nicht. Aber diese Geschlechtereinteilungen sollte man massiv zur Sprache bringen.“ (T. Novy)

Abtreibung auf Krankenschein, 30-Stunden-Woche, Verbot sexistischer Werbung: Das neue Frauenvolksbegehren polarisiert – auch und gerade unter Katholikinnen. Ein Streitgespräch.

„Hier muss man wirklich DAGEGENHALTEN“

rungen stehen. Wobei mir bewusst ist, dass besonders diese Forderung im katholischen Milieu schwierig ist. Laut Gesetz ist der Abbruch bei uns strafrechtlich, und ich bin lange genug auf der Welt, dass ich weiß, wie entsetzlich insbesondere arme Frauen unter dieser „Bestrafung“ gelitten haben. Vor allem in Lateinamerika spielt die Kirche auch heute noch eine üble Rolle, wie ich auch aus der Entwicklungszusammenarbeit weiß – in dem etwa Mädchen oder Frauen auch nach Vergewaltigungen nicht abtreiben dürfen. Darum bin ich hier sehr vorsichtig. Es ist aber völlig klar, dass ich Abtreibung grundsätzlich für etwas ganz Trauriges halte, mit dieser Position bin ich als Katholikin auch nicht allein. Ich bin aber auch überzeugt, dass

wirtschaftlichen Gründen kein Kind zu bekommen, dürfte bei uns nicht passieren. **Novy:** Das finde ich auch! **DIE FURCHE:** Über die Motive für Abbrüche kann man in Österreich jedenfalls nur mutmaßen. Die Aktion *Leben fordert deshalb seit Langem eine anonyme Statistik – was sich nicht im Volksbegehren findet. Wie stehen Sie zu einer solchen Forderung?* **Novy:** Ich bin auch hier sehr vorsichtig, gerade wegen der Geschichte, die wir Katholiken und Katholikinnen gespielt haben. Ich glaube auch, dass eine gute Frauen- und Sozialpolitik mehr Abtreibungen verhindern würde als irgendeine Statistik, von der man nie weiß, was damit gemacht wird. Die Angst vor Registrierung ist groß bei den Frauen.

Fruhwürth: Das ist auch für uns zentral. **Novy:** Ich bin auch dafür, sich eine massive Arbeitszeitverkürzung für alle zu überlegen, weil ich Teilzeitarbeit als Arbeitszeitverkürzung durch die Hintertür bezeichne, die vor allem Frauen durch geringere Pensionsansprüche in die Altersarmut treibt. **DIE FURCHE:** Konkret wird eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gefordert... **Novy:** Den vollen Lohnausgleich könnte man auf die unteren Einkommen beschränken. Und eine generelle Arbeitszeitverkürzung würde auch die Möglichkeit eröffnen, endlich unbezahlte Arbeit umzuverteilen. **Fruhwürth:** Also ich halte eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für kontraproduktiv, weil das den Faktor Arbeit massiv verteuern würde, und das kann doch nicht das Ziel sein! Und zum Thema Teilzeitarbeit: Es wird sicher Frauen geben, die dort hineingedrängt werden. Grundsätzlich ist es aber so, dass der überwiegende Teil der Frauen es so will. Ich würde die Teilzeitarbeit aber gern aus der Frauenecke herausheben, wobei wir sehen, dass die Familien- und Erwerbsarbeit bei jungen Paaren schon deutlich fairer aufgeteilt wird. Wir haben im Familienverband deshalb heuer auch das Schwerpunktthema „Väter“, weil wir glauben, dass Bindung auch durch die Quantität der Begegnung geschieht. Das Motto lautet: „Verpass“ nicht die Rolle Deines Lebens.“ **Novy:** Ob sich allein durch solche Aktionen an der Umverteilung etwas ändert, ist die Frage. Es geht ja nicht nur um die Betreuung von Kindern, sondern auch um die Pflegearbeit. Wir schummeln uns ja um alles herum, wenn man etwa an die ausländischen 24-Stunden-Pflegekräfte denkt. Kein Österreicher würde unter diesen Bedingungen arbeiten. Der Mensch ist aber ein abhängiges Wesen – und kein sich selbst organisierendes. Solange in der Wirtschaft jedoch letzteres Menschenbild dominiert, wird die Care-Arbeit nicht als wesentlicher Teil der Wirtschaft gesehen bzw. als Voraussetzung, dass sie überhaupt funktioniert, sondern nur als Kostenfaktor. Eine Arbeitszeitverkürzung könnte hier ein deutlicher Impuls für ein generelles Umdenken sein. **Fruhwürth:** Dass es hier ein Umdenken braucht, glaube ich auch. Wir sehen zudem,



Fruhwürth: Wir vom Familienverband unterstützen die Initiative „Fakten helfen“. Mich wundert auch der Widerstand gegen eine solche anonyme Erfassung der Motive. Wenn herauskommen würde, dass in der überwiegenden Zahl der Fälle die Abtreibung aus wirtschaftlichen Gründen geschieht, dann wäre das ja ein starkes Argument für eine entsprechende Sozialpolitik. **DIE FURCHE:** Bleiben wir bei der Sozialpolitik: Welche Forderungen des Frauenvolksbegehrens sind Ihnen hier wichtig, Frau Novy? **Novy:** Vor allem einmal die Unterstützung von alleinerziehenden Frauen, etwa durch die Forderung nach staatlich garantierten Anspruch auf Unterhaltsvorschuss.



Ich Barbie, du Ken?

Die Einteilung der Spielzeugwelt in Rosa und Himmelblau schreit voran. Das Frauenvolksbegehren fordert nun ein Verbot von Werbe- und Marketinginhalten, „die Menschen in abwertender, klischeehafter oder sexistischer Weise darstellen“.

Das Gespräch führte Doris Helmberger
Fotos: Costa Konstantinou

Es war 1997, als rund 650.000 Menschen Österreichs erstes Frauenvolksbegehren unterzeichneten. Weil bis heute nur zwei der damals elf Forderungen für mehr Geschlechtergerechtigkeit umgesetzt worden seien (siehe *Kasten*), haben Aktivistinnen nun eine Neuauflage initiiert. Bis mindestens 12. März kann das „Frauenvolksbegehren 2.0“ – das zuletzt vom „Don't Smoke“-Begehren etwas in den Hintergrund gedrängt wurde – unterstützt werden. Doch soll man das auch tun? Vor allem im katholischen Bereich sind die Meinungen geteilt. Traude Novy, lange für die Katholische Frauenbewegung tätig und heute entwicklungspolitisch engagiert, wird das Begehren unterstützen; Barbara Fruhwürth, Steuerberaterin und derzeit Vorsitzende des Katholischen Familienverbandes der Erzdiözese Wien, hingegen nicht. Warum, haben die beiden auf Einladung der FURCHE im Wiener Café Frauenhuber diskutiert.

DIE FURCHE: Frau Novy, die Katholische Frauenbewegung Österreichs unterstützt das Frauenvolksbegehren „weitgehend“, ruft aber letztlich dazu auf, individuell zu entscheiden. Wie haben Sie entschieden?

Traude Novy: Ich werde das Begehren unterschreiben. Für mich ist es ganz wichtig, dass sich 21 Jahre nach dem ersten Frauenvolksbegehren wieder Frauen zusammengan und gesagt haben, dass es einen neuen Anstoß braucht. Allein diesen diskursiven Prozess über Frauenthemen, der dadurch in stand gesetzt wird, halte ich für wichtig. **Barbara Fruhwürth:** Ich habe lange überlegt und mir auch noch einmal die Forderungen aus dem Jahr 1997 angesehen, die ich unterstützt habe. Wenn das Frauenvolksbegehren wieder auf diese Weise angelegt gewesen wäre, hätte ich es unterstützt. Ich gehe auch mit der überwiegenden Zahl der Ziele konform, aber bei jedem gibt es mindestens einen Punkt, wo ich ein Unbehagen spüre und mir denke: So nicht! Man kann dann natürlich sagen: Egal, ich unterschreibe trotzdem, weil die Ziele so wichtig sind. Aber mir geht es auch um die Wege dorthin, deshalb werde ich nicht unterschreiben.

DIE FURCHE: Ein Punkt, der vielen Unbehagen bereitet, ist die Forderung nach Schwangerschaftsabbruch auf Krankenschein in allen öffentlichen Krankenhäusern. Weil es in der Katholischen Frauenbewegung dazu unterschiedliche Positionen gibt, hat man sich zu keiner klaren Unterschriftsempfehlung durchgerungen. Können Sie auch zu diesem Punkt stehen, Frau Novy? **Novy:** Ich persönlich kann zu allen Forde-

DIE DISKUTANTINNEN



Barbara Fruhwürth

Die dreifache Mutter und Steuerberaterin ist Vorsitzende des Katholischen Familienverbandes der Erzdiözese Wien. Geprägt hat sie nach eigenen Angaben ihre Lehrerin an der Neulandsschule, Eva Petrik, ehemals Präsidentin der Katholischen Aktion.

Traude Novy

Die dreifache Mutter, Oma und Uroma war Pastoralassistentin, stv. Vorsitzende der Katholischen Frauenbewegung Österreichs und Diözesanleiterin der KFB Wien. Derzeit ist sie u. a. im Vorstand von WIDE (entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte).



„Eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wäre kontraproduktiv, weil das Arbeit massiv verteuern würde.“ (Barbara Fruhwürth)

dass längere Teilzeitarbeit in der Pension zu Problemen führen kann. Es wäre deshalb auch Aufgabe des Staates, diese Care-Arbeit finanziell zu honorieren. Wir haben eine Bildungskarenz und geförderte Altersteilzeit, aber keine Förderung, wenn sich Eltern um ihre Kinder oder Erwachsene um ihre alten Eltern kümmern. Ich persönlich bin auch dafür, das Pensionsplitting umzudrehen: Ich würde bei jungen Familien die Bemessungsgrundlage, die in einem Jahr erwirtschaftet wird, prinzipiell teilen, außer das Paar möchte es anders. Dann müssten sich junge Leute grundsätzlich darüber Gedanken machen, wie sich die Familienarbeit auf eine spätere Pension auswirkt und welchen Wert sie hat. Schon jetzt fordert der Familienverband, dass Karenzzeiten auf Biennalsprünge und Verdienstezeiten angerechnet werden. Und ich denke, dass im Scheidungsfall der Pensionsanspruch auch bei der Vermögensaufteilung berücksichtigt werden sollte.

Novy: Hier würden wir uns treffen. Ein großes Anliegen ist für mich aber schon der Blick auf die Benachteiligten in der Gesellschaft, auf deren Seite wir ja als Christinnen und Christen zu stehen haben. Und hier frage ich mich: Muss ich Steuern immer über das Einkommen lukrieren? Ich bin etwa massiv für eine Vermögens- und Erbschaftsteuer, um die Ungleichheit in unserer Gesellschaft, die ja auch zu einer zunehmenden Polarisierung führt, zu verringern. **Fruhwürth:** Die Erbschafts- und Schenkungssteuer war eine Bagatelsteuer und ist als solche abgeschafft worden. Jetzt kann man natürlich versuchen, das auszuweiten oder sich über ein ganz neues Steuermodell Gedanken machen. Aber vorerst leben wir nun einmal im System Einkommensteuer. **DIE FURCHE:** Kommen wir zu einer weiteren Forderung: den Anspruch auf kostenlose, qualitativ hochwertige Betreuung für jedes Kind bis zum 14. Lebensjahr – also quasi ab dem Mutterschutz –, um Wahlfreiheit zu gewährleisten. Was halten Sie davon? **Fruhwürth:** Wir fordern auch eine hochqualitative Kinderbetreuung, doch derzeit sind wir davon weit entfernt. Das Wiener Kindergartengesetz sieht etwa vor, dass auf 15 Unter-Dreijährige nur eine Elementarpädagogin und eine Assistentin kommen. Dabei wissen wir, dass zwischen null und 18 Monaten ein Ich-Bewusstsein entsteht und dieses auf einer Ich-Du-Beziehung aufbaut. Das kann bei einem solchen Betreuungsschlüssel aber nie funktionieren. Nicht nur deshalb gibt es Frauen, die sich entscheiden, nach der Geburt länger zu Hause zu bleiben. **Novy:** Also ich denke, dass man heute das Alleinversorger-Modell nicht mehr verantwortlich leben kann. So wie unsere Gesellschaft momentan ist, würde ich auch meinen Töchtern dringendst abraten, sich länger zu Hause der Kindererziehung zu widmen, weil das in vielerlei Weise schiefgehen kann – vom Verlust des Arbeitsplatzes des Mannes bis zur Scheidung. Au-



„Für benachteiligte Frauen hat diese Bundesregierung keine Sensibilität. Und wo es wirklich gefährlich wird, ist bei der großen Zahl an Burschenschaftlern in Spitzenpositionen.“ (T. Novy)

den Kopf gefallen ist. Wenn mir damals jemand vom Katholischen Familienverband gesagt hat: Das ist das Allerschönste, was es für Frauen gibt, dann habe ich gesagt: Na, dann machen Sie es halt selbst! **Fruhwürth:** Bitte vergleichen Sie uns nicht mit früher, wir haben uns sehr geändert! Ich glaube auch, dass man niemandem ein Modell überstülpen darf, und das reine Hausfrauenmodell ist ohnehin ein Auslaufmodell. Ich trage seit über 20 Jahren einen Leserbrief mit mir herum, in dem steht, dass das Hausfrauenleben die ungesichertere Lebensform darstellt (siehe *rechts*). **Novy:** Na, das war vielleicht eh von mir... **Fruhwürth:** ... (sieht nach und lacht) Tatsächlich! Ja, es kann viel im Leben passieren – aber die Zeit, in der ich mich ausschließlich der Familie widme, dauert ja nicht ewig. **DIE FURCHE:** Wenn Frauen lange zu Hause bleiben, kann sich das nicht nur auf ihre Pension, sondern auch auf ihre Karriere auswirken. Im Volksbegehren wird nun eine 50-Prozent-Quote gefordert – auf Wahllisten ebenso



Was Frauen brauchen

Barbara Fruhwürth, Vorsitzende des Katholischen Familienverbandes der Erzdiözese Wien (Mitte), und Traude Novy, ehemalige Vorsitzende der Katholischen Frauenbewegung Wien (rechts), im Gespräch mit FURCHE-Redakteurin Doris Helmberger.



„Ungesicherte Lebensform“: Der „Presse“-Leserbrief Traude Novys vom 20. 9. 1997.

Was sich seit 1997, dem Jahr des ersten Frauenvolksbegehrens und eines denkwürdigen Leserbriefs, verändert hat.

1 Artikel, 2 Frauen, 2 Begehren

Auslöser war ein Leitartikel von Andreas Unterberger. Der damalige *Presse*-Chefredakteur empörte sich am 13. September 1997 – ein paar Monate nach dem ersten Frauenvolksbegehren – über die Benachteiligung der „unteren Kasten“ durch die damals diskutierte Pensionsreform. Am ärgsten sei die „Diskriminierung jener Frauen, die sich der Kinder wegen für die Hausfrauenrolle entschieden haben“, schrieb Unterberger. „Sie werden von keiner Frauenministerin vertreten, sondern nur verachtet“. Es folgten Leserbriefe, die ihm Recht gaben und die „herrschende Doktrin“ beklagten, dass man „jede Frau, die sich für den Mutterberuf entschieden hat, aus dieser Rolle zwangsbeheben“ müsse. Dies wiederum rief Traude Novy, damals Vorsitzende der Katholischen Frauenbewegung Wien, auf den Plan. „Es gibt keine ungesichertere Lebensform als die der Hausfrau und Mutter – außer man ist vermögend oder kommt aus einer wohlhabenden Familie“, schrieb sie in einem Leserbrief.

Umfassendere Forderungen

Bis heute, knapp 21 Jahre später und in der Unterstützungsphase auf das zweite Frauenvolksbegehren, trägt Barbara Fruhwürth diesen Text in ihrer Geldbörse bei sich, wie sich bei der FURCHE-Debatte herausstellte. Tatsächlich propagiert heute niemand mehr ein dezidiertes „Hausfrauenmodell“. Und auch sonst hat sich der frauenpolitische Forderungskatalog zwischen 1997 und 2018 verändert: Damals wurde etwa die arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung von Teilzeitarbeit mit voller Erwerbstätigkeit verlangt. Laut den Initiatorinnen des neuen Volksbegehrens war dies am Ende einer von nur zwei Punkten des alten Begehrens, die umgesetzt wurden. (Der zweite war die Forderung nach staatlichen Bildungsmaßnahmen für mehr Gleichstellung und geschlechtsspezifischen Statistiken). Weil sich die Teilzeittätigkeit aber auch als „Bumerang“ erwiesen habe, wird nun mit der 30-Stunden-Woche bei Lohn- und Personalausgleich Grundsätzlicheres gefordert. Auch volle Lohntransparenz wird u. a. verlangt. Die für eine Volksbegehrens-Einleitung nötigen 100.000 Unterstützungen hat man bereits erhalten, bis zum Freitag am 8. März will man 250.000 erreichen (Infos: frauenvolksbegehren.at). (dh)